den sind. Dass eine Abstimmung – insbesondere – mit der Landesplanungsbehörde nicht stattgefunden hat, ergibt sich ebenfalls aus den Verfahrensvorgängen.

2.2.2 Nach den bisherigen Ausführungen ist der Erlass der begehrten einstweiligen Anordnung bereits indiziert. Der Antragstellerin ist eine vorläufige Weitergeltung der angegriffenen Norm nicht zumutbar.

Ob die Unzumutbarkeit bereits daraus abgeleitet werden kann, dass sich durch eine weitere Anwendung der angegriffenen Verordnung das Genehmigungsverfahren verzögern würde und insoweit – in zeitlicher Hinsicht – irreversible Folgen einträten, kann hier offen bleiben. Jedenfalls sind der Antragstellerin die – absehbaren – Folgen, die sich ergäben, wenn die einstweilige Anordnung nicht, wie beantragt, ergehen würde, nicht zuzumuten. Das gilt in Bezug auf das „stecken gebliebene“ immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren, das entweder „liegen“ bliebe oder – evtl. auch vor einer Entscheidung des Senats im Normenkontrollverfahren – zu einer Ablehnung des Genehmigungsantrages führen würde. Es gilt – wei-

terhin – auch in Bezug auf die Aussichten, eine zu Gunsten der Antragstellerin ergehende Ausnahmeentscheidung der Landesplanungsbehörde nach § 18a Abs. 2 LaPlaG zu erlangen; bei fortwirkendem „Vollzug“ der angegriffenen Verordnung bestünde darauf keine Aussicht. Ob – darüber hinaus – auch die Folgen einer Anwendung der angegriffenen Verordnung auf den Fortgang des Planungsprozesses der Landesplanungsbehörde zu berücksichtigen sind, mag offen bleiben; auch insoweit ist zumindest wahrscheinlich, dass sich die Anwendung der Verordnung zu Ungunsten der Fläche auswirkt, auf der die Antragstellerin ihre Windkraftanlagen plant. Insgesamt würde eine Ablehnung der begehrten einstweiligen Anordnung dazu führen, dass sowohl die Fläche „...“ betreffenden Genehmigungsverfahren als auch der diesbezügliche Planungsprozess auf Landesebene zu Ungunsten der Antragstellerin „weiterlaufen“ würden.

2.3 Die einstweilige Anordnung war – nach alledem – wie aus dem Tenor ersichtlich zu erlassen.

...

BUCHBESPRECHUNGEN

<https://doi.org/10.1007/s10357-018-3339-9>

Niedersächsisches Naturschutzrecht

Blum, Peter/Agenda, Carl-August, Loseblattwerk, 13. Nachlieferung: Januar 2018, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden, 1412 S., 119,00 Euro, ISBN 97 8-3-88061-853-4

Der Kommentar „Niedersächsisches Naturschutzrecht“, der erstmals 1990 veröffentlicht wurde, liegt nunmehr in 13. Aktualisierung mit Stand Januar 2018 vor und umfasst 1412 Druckseiten. Die Autoren Blum und Agenda haben mit ihrem Werk außergewöhnlich umfassend und ausführlich das Landesnaturschutzgesetz erläutert. An vielen Stellen der Kommentierung sind Exkurse zum Bundesnaturschutzrecht zu finden, die den Kommentar letztlich zu einer „Vollkommentierung“ des Bundes- und des Landesnaturschutzgesetzes machen. Dieses ist auch zweckmäßig, denn das Niedersächsische Naturschutzgesetz ist – wie sein Titel bereits zum Ausdruck bringt – ein Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz. Der Kommentar erläutert daher das Landesnaturschutzgesetz jeweils im Zusammenhang der bundesgesetzlichen Vorschriften, was das Verständnis der Normen in ihrem Gesamtgefüge erleichtert. Ebenso hilfreich ist die dreispaltige Synopse zu Beginn des Kommentars, die das geltende Bundesnaturschutzgesetz dem 2010 außer Kraft getretenen (alten) Niedersächsischen Naturschutzgesetz und dem ab dem 1. März 2010 geltenden (neuen) Niedersächsischen Ausführungsgesetz gegenüberstellt und zuordnet. Die Normen-Synopse verdeutlicht auf einen Blick, wie die Vorschriften des Bundes- und des Landesnaturschutzgesetzes ineinandergreifen und aufeinander bezogen sind. Im Anhang wird der Kom-

mentar noch um die untergesetzlichen und sonstigen naturschutzrelevanten Landesrechtsvorschriften vervollständigt und dient so auch als landesrechtliche Vorschriftensammlung.

Die 13. Nachlieferung des Kommentars beinhaltet neben den üblichen Aktualisierungen aufgrund der Rechtsänderungen vor allem eine vollständige Neubearbeitung der Vorschriften über Nationalparke, Nationale Naturmonumente und Biosphärenreservate, über den Gemeingebrauch an Gewässern, das naturschutzrechtliche Betretensrecht sowie mögliche Beschränkungen des Eigentums und deren Entschädigung oder Ausgleich. Die gesamte Kommentierung erläutert das Naturschutzrecht sehr praxisbezogen und detailliert unter Berücksichtigung der gängigen Literatur und zahlreicher Verweise auf die Rechtsprechung, auch unter Angabe des Aktenzeichens. Letzteres macht den Kommentar zu einer verlässlichen Grundlage nicht zuletzt für die, die nur begrenzten Zugang zu juristischer Literatur oder Datenbanken haben. Die Kommentierung beschränkt sich dabei nicht auf die Auslegung der Gesetzesbestimmungen, sondern enthält weitere Erläuterungen zur Vollzugspraxis sowie deren typischen Fallgestaltungen (z.B. bei der Erteilung von naturschutzrechtlichen Befreiungen, der Einordnung von Tätigkeiten als naturschutzrechtlicher Eingriff). Auch wird auf die in Niedersachsen gebräuchlichen Runderlasse und Arbeitshilfen (z.B. zur Landschaftsplanung, zum Vollzug der Eingriffsregelung oder zum Abbau von Bodenschätzen) verwiesen. Damit werden die Rechtsvorschriften sowie die Vollzugs- und Rechtspraxis in Niedersachsen verlässlich beschrieben. Die Kommentierung ist so – kurz gesagt – eine „juristische Fundgrube“ und von besonderem Wert nicht nur für den Landesvollzug, sondern auch für all jene, die in Niedersachsen mit Naturschutzfragen befasst sind. Sie ist einem breiten und nicht nur juristischen Leserkreis daher ausdrücklich zu empfehlen. Auch der Wissenschaft gibt die Kommentierung zahlreiche Anregungen, was deren Forschung über die gängige Praxis wie auch die mögliche Weiterentwicklung des Naturschutzrechtes betrifft.

Dr. Ulrich Klein LL.M./Envir.,
Mainz, Deutschland